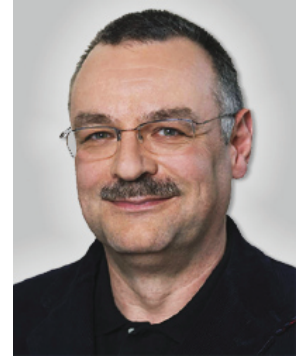


Uwe Doering, MdA
Parlamentarischer Geschäftsführer,
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15
doering@linksfraktion-berlin.de
www.uwe-doering.de



1. Berlins Koalition will sozialeres Mietrecht (s. 1)
2. Maianfang überwiegend friedlich - Nazis schaffen 800m in 4 Stunden (s. 1-2)
3. Tag der Befreiung soll Feiertag werden (s. 2)
4. 20 Jahre Linksfraktion im Abgeordnetenhaus (s. 2)

Berlins Koalitions will sozialeres Mietrecht...

... so lautet die Überschrift eines Artikels, der in der April-Ausgabe im „MieterMagazin“ erschienen ist. Darin wird darüber berichtet, dass die Fraktionen von SPD und LINKE einen Antrag (Drucksache 16 / 2952) in das Abgeordnetenhaus eingebracht haben, der mietrechtliche Bundesratsinitiativen enthält. Der Inhalt im Kurzen:

- Das Mietrecht soll sich statt an gebietskörperlichen Kriterien (Stadt

/ Kommune) auf räumliche Kriterien orientieren. So soll auf die angespannte Wohnungsmarktlage auch auf Bezirksebene reagiert werden können.

- Mieterhöhungen durch Neuvertragsmieten sollen begrenzt werden.
- Die Kappungsgrenze für allgemeine Mieterhöhungen (bisher 20% in drei Jahren) soll reduziert werden.
- Die Modernisierungszulage von 11% soll zeitlich reduziert werden.

Im Artikel wird darauf hingewiesen, dass der Berliner Mieterverein diese Initiative als Verbesserung des Mie-

terschutzes begrüßt, während der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) den Vorschlag strikt ablehnt. Der BBU befürchtet die Gefahr einer wirtschaftlichen Destabilisierung der Wohnungsunternehmen. Zitiert werde ich mit den Worten: „Der Antrag ist eine Reaktion auf die Mietspreisentwicklung in Teilen der Innenstadt, insbesondere bei den Neuvertragsmieten.“ und „Eine Bundesratsinitiative macht natürlich nur Sinn, wenn wir uns Partner und Unterstützer suchen und uns mit ihnen vernetzen.“

Maianfang überwiegend friedlich - Nazis schaffen 800m in 4 Stunden

Die Bürgerinnen und Bürger Berlins haben am 1. Mai erfolgreich und friedlich einen Marsch von Neonazis in der Hauptstadt verhindert. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Marion Seelig, erklärte dazu:

„Tausende Berlinerinnen und Berliner haben sich am 1. Mai erfolgreich dem geplanten Aufmarsch von Rechtsradikalen entgegengestellt. Mit entschlossenem und friedlichem Protest konnten sie verhindern, dass Neonazis durch die Straßen von Prenzlauer Berg marschieren. Dies ist ein großer Erfolg für die Verteidigung von Demokratie und Toleranz in der Stadt.

Die Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an diesen Protestveranstaltungen für ihr couragiertes Auftreten gegen rechtsextremistische Umtriebe. Gemeinsam haben wir in aller Deutlichkeit gezeigt, dass Neonazis in unserer vielfältigen und welt-

offenen Stadt unerwünscht sind.

Der 1. Mai 2010 steht damit in einer Reihe zahlreicher, erfolgreicher und friedlicher Proteste gegen Neonazis. Wie schon am 8. Mai 2005 in Berlin oder auch am 13. Februar in Dresden wurde deutlich, dass die Zivilgesellschaft nicht bereit ist, Rechtsextremismus zu akzeptieren.“

Die Form des Protests blieb dabei nicht ohne Kritik. Sitzblockaden sind eine Gratwanderung zwischen Rechten, die auch Feinden der Demokratie zustehen und Rechten und Pflichten von demokratischen Bürgerinnen und Bürgern. In seiner Rede vom 6. Mai erklärt daher Udo Wolf, Vorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus:

„[...] Wir haben ein aktuelles Thema: Der diesjährige 1. Mai war überaus erfolgreich, er war ein erfolgreicher Tag für die Demokratie. Er war ein erfolgreicher Tag für den DGB, die Berliner Zivilgesellschaft, die Pankower und Kreuzberger Bürgerinnen und Bürger, die Berliner Polizei und den Innensenator. Es war ein ganz mieser Tag für Neonazis und für all diejenigen, die

sinnlose Gewalt für richtig oder sinnvoll halten.

Darüber wollen wir reden, und wir wollen darüber reden, weil wir wissen, dass der Weg zu diesem Erfolg eine ganz schwierige Gratwanderung war. Weil wir wissen, dass die Polizei nach Recht und Gesetz im Grundsatz das Demonstrationsrecht auch für die Feinde der Demokratie gewährleisten muss und weil wir zugleich wissen und der festen Überzeugung sind, dass Demokratinnen und Demokraten nicht tatenlos zuschauen dürfen, wenn Nazis marschieren.

[Beifall bei der Linksfraktion, der SPD, den Grünen und der FDP]

Deshalb war der Aufruf des breiten Bündnisses zum friedlichen zivilen Ungehorsam, den nicht wenige Abgeordnete dieses Hauses auch unterzeichnet haben, der Aufruf zur Blockade des Naziaufmarsches eine große und schwierige Herausforderung für die Polizei. [...]

weiter...

Schon am 1. Mai selbst wurde in Nazi-foren im Internet der eigene Naziaufmarsch als Flop bezeichnet. Berlin gilt für die Naziszene wieder als Auswärtsspiel, und das hätte kein staatliches Handeln alleine geschafft. Das haben Tausende Berlinerinnen und Berliner geschafft – 800 Meter Demonstration in vier Stunden, dann war Schluss für die Nazis, dafür ist allen Beteiligten herzlich zu danken!

Selbstverständlich wollen wir auch darüber sprechen, dass das Myfest in Kreuzberg wieder eine großartige Veranstaltung war – mit Politik, Musik und vor allem einer heiteren Gelassenheit, trotz der vielfältigen Befürchtungen im Vorfeld. [...]

Dass in dieser Situation, wo fast die ganze Welt davon ausgeht, dass aller-

schlimmste Randalen unausweichlich ist, dass in dieser Situation Polizeipräsident und Innensenator sagen: Wir bleiben bei der bewährten Deeskalationsstrategie, das war richtig und das verdient unseren Respekt!

Dieser Besonnenheit ist es unter anderem zu verdanken, dass das scheinbar Unausweichliche ausgeblieben ist.

Aber, und das zeigt, dass noch viel zu tun ist, auch in diesem Jahr sind Menschen zu Schaden gekommen, sowohl Polizisten als auch Demonstranten. Das darf nicht hingenommen werden, Steine und Flaschenwürfe nicht, aber auch das offensichtliche Fehlverhalten von einzelnen Polizisten nicht. Wenn ich die Bilder sehe, wie der Polizist einen Demonstranten über den Haufen rennt und ihm

gegen den Kopf tritt, dann sage ich, auch wenn der Kollege sich selbst gestellt hat: Liebe Personalvertreter bei der Berliner Polizei! Gebt endlich euren Widerstand gegen die individuelle Kennzeichnungspflicht auf!

Ich komme zum Schluss. Trotz der einen oder anderen unschönen Szene: Dieser 1. Mai war ein starkes Zeichen gegen Nazis, die befürchtete Randalen blieb aus, und darüber wollen wir reden, weil die Berlinerinnen und Berliner – ob auf Seiten der Zivilgesellschaft, der politischen Veranstaltung oder bei der Berliner Polizei –, weil sie alle zum erfolgreichen Verlauf des diesjährigen 1. Mai beigetragen haben. Sie haben es verdient, dass wir darüber sprechen und ihnen unseren Dank aussprechen.“

Tag der Befreiung soll Feiertag werden

Die Linksfraktion hat noch im April gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht, der darauf abzielt, über den Bundesrat darauf hinzuwirken, dass der 8. Mai zum Feiertag erklärt wird. Der Antrag beginnt mit den Worten

Richard von Weizsäcker, welche die Bedeutung des 8. Mai damals wie heute zeigen:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche

schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

20 Jahre Linksfraktion im Abgeordnetenhaus

„Zwanzigplus“, so lautet nicht nur die Devise für die kommende Abgeordnetenhauswahl sondern auch das Altersmotto für die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus seit Mai 2010. Denn genau von zwanzig Jahren – im Mai 1990 – zog die damalige PDS mit

42 Abgeordneten in die Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung ein. Seitdem ist unsere Partei im Parlament vertreten – zunächst in der Opposition, später in der Regierung.

Anlass genug, um am 30. April Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Abgeordnete und Senatorinnen und Senatoren aus 20 Jahren im großen

Saal des Berliner Rathauses zu versammeln. Zahlreiche Redner, darunter Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und Peter-Rudolf Zotl, erster Vorsitzender der Fraktion, erinnerten an die Geschichte der Stadt und damit an die Geschichte der Fraktion.



Fotos: Katina Schubert

